

„Kiss & Go“: Stadtrat stimmt Vertrag für Realschul-Neubau zu

Stadtrat Nun ist der Landkreis zuständig für den Ausbau der Straßen. Gegen die Bremser-Vorwürfe wehrt sich der Oberbürgermeister

VON BASTIAN SÜNKEL

Neuburg Wer wissen will, wie Schulen der Zukunft aussehen, kann auch einfach mal einen Blick auf den Parkplatz werfen. Oder – wenn der noch nicht ansatzweise gebaut ist – in den Vertrag zwischen Stadt und Landkreis, der den Neubau der Paul-Winter-Realschule regeln wird. Die Planer haben mitgedacht und dass sich künftig nicht mehr fahrende Eltern, Schüler, Busse und Radler auf einem kaum entwirrbaren Knäuel an der Eingangstüre begegnen, gibt es sie auch bei der neuen Realschule: die Kiss & Go-Zone. Das Pendant zum Park & Ride für Kurzparker und knappe Abschiedsküsschen zwischen Eltern und Kindern an den allergewöhnlichsten Werktagen.

Das ist natürlich nur ein Ausschnitt aus dem Vertrag, der am Dienstag im Neuburger Stadtrat einstimmig angenommen wurde. Dem Gremium ging es an diesem Tag viel mehr um das Große und Ganze: Die Schule wird auf den Weg gebracht. Der Landkreis hat nun

freie Hand im Rahmen des „vorhabenbezogenen Bebauungsplans“ und trägt auch die Kosten. Kurzum: Die Stadt Neuburg hat nun alles auf den Weg gebracht, was den Planern des Landkreises freie Hand lässt – nicht ohne Eckdaten für den Bau der Zufahrtsstraßen zu bestimmen.

Die Zufahrt wird über den Sehensander Weg gebaut und endet für Eltern in der, eben, Kiss & Go-Zone. Der Landkreis erschließt den Kreuter Weg als weitere Zufahrt, kümmert sich um die Erschließung einer landwirtschaftlichen Fläche und legt 25 Ersatzparkplätze auf dem Schulgelände an, weil die Stellplätze am Sehensander Weg mit dem Neubau verschwinden werden.

„25 Parkplätze erfüllen eine Alibifunktion“, wirft Stadtrat Otto Heckl (CSU) allerdings ein.

Damit will sich der



Foto: Niklaus Höpfner

Stadtrat nicht zufriedengeben, werden nach seiner Zählung doch wesentlich mehr Plätze am Sehensander Weg gestrichen. Wenn es nach den Plänen von Oberbürgermeister Bernhard Gmehling geht, wird mit 25 nicht Schluss sein. Wenn man sich mit einem Grundstückseigentümer einig werde, rechne man mit 30 weiteren Stellplätzen.

So weit so gut. Doch zu einem Vorwurf wollte OB Gmehling doch noch zur Stadtratssitzung Stellung beziehen: den Vorwürfen – zuletzt aus der Kreisausschusssitzung, die Stadt und speziell er hätten das schnellere Fortschreiten der Planungsphase für den Neubau ausgebremst. Deshalb hat Stadtratsjurist Ralf Rick eine Zeitleiste auf zwei Seiten erstellt, die bezeugt, dass von der Aufstellung bis zum Satzungsbeschluss nicht übermäßig viel Zeit ins Land gegangen ist: 13 Monate, sagt Ralf Rick. Und das sei „eine gute Zeit“. Noch deutlicher kommentiert Stadtrat Matthias Enghuber (CSU) die Kritik aus dem Kreis Ausschuss: „Es ist Humbug, was hier für Vorwürfe im Raum stehen.“